

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Martin Trefzer (AfD)

vom 22. März 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. März 2022)

zum Thema:

Konsequenzen für deutsch-russische und deutsch-ukrainische Kooperationen in Wissenschaft und Forschung durch den Krieg in der Ukraine. Wie hilft Berlin ukrainischen und russischen Wissenschaftlern?

und **Antwort** vom 01. April 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 01. April 2022)

Herrn Abgeordneten Martin Trefzer (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11 341

vom 22. März 2022

über Konsequenzen für deutsch-russische und deutsch-ukrainische Kooperationen in Wissenschaft und Forschung durch den Krieg in der Ukraine. Wie hilft Berlin ukrainischen und russischen Wissenschaftlern?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. a.) Welche wissenschaftlichen Kooperationen und Austauschprogramme unterhielten die Berliner Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit russischen Institutionen vor Beginn des Krieges gegen die Ukraine? Welche Partner waren beteiligt? Was war jeweils Gegenstand und über welchen Zeitraum war die Kooperation angelegt?

b.) Inwiefern wurden wissenschaftliche Kooperationen mit russischen Institutionen im Zuge des Krieges in der Ukraine aufgekündigt oder ruhend gestellt? Bitte um Begründung durch die jeweilige Einrichtung. Gab es dazu eine Abstimmung einzelner Einrichtungen mit dem Senat?

c.) Welche langfristigen Folgen bzw. Einschränkungen sieht der Senat für die deutsch-russischen Kooperationen in der Wissenschaft durch den Krieg in der Ukraine?

Zu 1.:

Zu den Fragen 1 a) und b) liegen dem Senat keine hinreichenden Informationen vor.

Zu Frage 1 c) ist Folgendes festzuhalten: In der Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine haben sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), nationale Wissenschaftseinrichtungen und zahlreiche Hochschulen entschieden, laufende Kooperationen mit russischen Wissenschaftseinrichtungen auszusetzen. Dies gilt auch für alle staatlichen Berliner Hochschulen. Diese Unterbrechung der Austausch- und Kooperationsbeziehungen schneidet russische Wissenschaftseinrichtungen vom Zugang zu wissenschaftlichen Projekten aber auch vom allgemeinen Wissens- und Erfahrungsaustausch jenseits bestehender persönlicher Beziehungen ab. Ob sich daraus langfristige Folgen und Einschränkungen ergeben, hängt

von der Dauer dieser Maßnahmen ab. Zum aktuellen Zeitpunkt kann dazu keine Prognose abgegeben werden.

2. a.) Welche wissenschaftlichen Kooperationen und Austauschprogramme unterhalten die Berliner Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit ukrainischen Institutionen? Welche Partner sind beteiligt? Was ist jeweils Gegenstand und über welchen Zeitraum ist die Kooperation angelegt?

b.) Welche konkreten Projekte und Programme sind von Einschränkungen durch den Krieg betroffen? Welche werden in Zukunft (möglicherweise) betroffen sein? Bitte um Nennung der einzelnen Vorhaben, der bereitgestellten Mittel, der Anzahl der beteiligten Wissenschaftler und des geplanten Zeitraums.

c.) Welche langfristigen Folgen bzw. Einschränkungen sieht der Senat für die deutsch-ukrainischen Kooperationen in der Wissenschaft durch den Krieg in der Ukraine?

Zu 2.:

Zu den Fragen 2 a) und b) liegen dem Senat keine hinreichenden Informationen vor. Zu Frage 2 c) ist festzuhalten, dass kriegerische Auseinandersetzungen in einem Land auch dessen Wissenschaftssystem schädigen. Angesichts der großen Bereitschaft der Berliner Hochschulen, Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, aufzunehmen, rechnet der Senat mit einer Stärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

3. Inwieweit gab es nach Kenntnis des Senats Fälle, bei denen einzelne russische oder russlandstämmige Wissenschaftler aufgrund ihrer Herkunft von Förderungen, Konferenzen, Kooperationen o.Ä. in Berlin ausgeschlossen wurden? Welche Maßnahmen gegen eine mögliche Diskriminierung russischstämmiger Wissenschaftler haben die wissenschaftlichen Einrichtungen in Berlin ergriffen?

Zu 3.:

Hierzu liegen dem Senat keine Informationen vor.

4. Welche konkreten Maßnahmen ergreift der Senat, um möglichen Nachteilen für Wissenschaftler aus Russland entgegenzuwirken?

Zu 4.:

Das Programm Wissenschaftsfreiheit der Einstein Stiftung Berlin steht allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern offen, die in ihrem Heimatland bedroht oder in ihrer Arbeit eingeschränkt sind. Dies gilt selbstverständlich auch für russische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

5. In welchem Umfang sind ukrainische Wissenschaftler nach Kenntnis des Senats vor dem Krieg nach Berlin geflohen?

Zu 5.:

Hierzu liegen dem Senat keine Informationen vor.

6. Welche Maßnahmen ergreifen die einzelnen Hochschulen, um Wissenschaftlern aus der Ukraine in der gegenwärtigen Situation zu helfen? Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es für ukrainische

Wissenschaftler, die ihre wissenschaftliche Tätigkeit in Berlin fortsetzen möchten? Wie schlägt sich dies im neuen Wissenschaftshaushalt nieder? (Bitte um Angabe der Haushaltstitel).

Zu 6.:

Zu den Maßnahmen der Hochschulen liegen dem Senat keine vollständigen Informationen vor. Etwaige Unterstützungsprogramme durch die Hochschulen werden derzeit geprüft und entwickelt.

Zu den Unterstützungsmöglichkeiten für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist außerdem auf das Förderprogramm „Wissenschaftsfreiheit“ der Einstein Stiftung Berlin, das Programm AvH-Professuren der Alexander von Humboldt-Stiftung, das Walter-Benjamin-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft und weitere deutschlandweite Förderprogramme zu verweisen.

Im Wissenschaftskapitel des Landeshaushalts 2022/2023 sind für das Programm „Wissenschaftsfreiheit“ der Einstein Stiftung Berlin wie in den Vorjahren unverändert 1,5 Mio. €/Jahr vorgesehen; dank einer Flexibilisierung der einzelnen Teilansätze, kann dieses Programm aber ab 2022 bei Bedarf zu Lasten anderer Förderprogramme aufgestockt werden.

7. In welchem Umfang haben nach Kenntnis des Senats seit Beginn des Krieges russische Wissenschaftler Russland verlassen und sind nach Berlin gekommen? Welche Maßnahmen gibt es, um diese Wissenschaftler zu unterstützen?

Zu 7.: Zur Zahl der seit dem russischen Überfall auf die Ukraine aus Russland geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler liegen dem Senat keine hinreichenden Informationen vor. Die Unterstützungsmaßnahmen für geflüchtete russische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind dieselben, wie für geflüchtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus anderen Ländern.

Berlin, den 01. April 2022

In Vertretung
Armaghan Naghipour
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit, Pflege und Gleichstellung